

Politiker an ihre Versprechen erinnern

Für die **Millenniumsziele im Bildungsbereich** engagiert sich auch eine Gruppe Studenten aus aller Welt

Der EU-Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe hat zu einer Konferenz mit dem Titel «Bildung für alle» nach Brüssel geladen. Nebst hochrangigen Politikern hat auch ein Gruppe von Studentinnen und Studenten aus verschiedenen Ländern daran teilgenommen.

MARIANNE TRUTTMANN,
BRÜSSEL

«77 Millionen Kinder, davon 44 Millionen Mädchen, haben keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. Wenn die Uno-Millenniumsziele erfüllt und bis 2015 weltweit jedes Kind eine Grundschulausbildung erhalten soll, muss jetzt gehandelt und investiert werden.» Diese Botschaft richtete die 22-jährige Ägypterin Yossra Mohamed Taha an die von der EU-Kommission, der Weltbank und dem britischen Finanzministerium letzte Woche in Brüssel organisierten Geberkonferenz. Diese hat zum Ziel, der Fast-Track-Initiative (FTI) für Bildung (siehe Kasten) mehr Aufmerksamkeit und zusätzliche Mittel beschaffen.

Die Ägypterin gehört ebenso wie der 21-jährige Schweizer Armin Stähli zu einer sechsköpfigen Gruppe von Studierenden, die am diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos (WEF) für einen globalen Bildungsfonds plädiert haben (Bund vom 27.1.). Die Idee hatten sie an einem vom British Council organisierten Treffen in Greenwich entwickelt. Ursprünglich war geplant, einen mit dem globalen Aids-Fonds vergleichbaren Bildungsfonds zu schaffen, doch die Gruppe hat mittlerweile entschieden, sich bei bereits bestehende Instrumenten zu engagieren. Dazu gehört die FTI, die wenig bekannt ist und der Gelder fehlen.

Private Spenden sind nötig

Stark unterstützt wird die Greenwich-Gruppe, der je drei junge Männer und Frauen aus Australien, Schweiz, Südkorea, Ägypten, Israel und Mauritius angehören, vom britischen Finanzminister und wohl künftigen Premierminister Gordon Brown. Die Greenwich-Gruppe traf auch mit Investor George Soros, Chris Powell (Vizepräsident des britischen Board of Public Diplo-



Schulalltag in Nigeria: Die Klassen sind riesig, es mangelt an Schulmaterial, und Mädchen können nur ausnahmsweise am Unterricht teilnehmen.

GEORGE OSODI/KEY

macy) und Alex Wong vom WEF zusammen.

«Eher enttäuschend» sei das finanzielle Ergebnis der Geberkonferenz in Brüssel, sagt Stähli, der an der Universität St. Gallen studiert. Zusätzlich zu bereits früher geplanten Mehrjahresprogrammen versprach der EU-Entwicklungskommissar Louis Michel 22 Millionen Euro für die FTI. Grossbritannien kündigte an, ein Zehnjahresbildungsprogramm in Äthiopien und Tansania mit 740 Millionen Euro zu unterstützen. Dies ist nur ein Teil der 15 Milliarden Dollar, die Grossbritannien bis 2015 ausgeben will. Deutschland stellt zusätzlich 10,5 und Japan 2,4 Millionen Dollar für die FTI zur Verfügung.

Die FTI arbeitet auch mit Public Private Partnerships, das heisst, Projekte werden teilweise von pri-

vaten Geldgebern (Unternehmen und Sponsoren) finanziert. So will die Soros-Stiftung 5 Millionen Dollar für einen Bildungsplan in Liberia spenden. Die Unternehmen Cisco Systems, Intel, Microsoft und AMD kündigten an, dass sie sich im Rahmen der Bildungspartnerschaft des WEF an Bildungsprogrammen beteiligen werden. So hat Cisco beispielsweise Mathematikprogramme in Jordanien unterstützt, die mittlerweile auch in anderen Ländern verwendet werden.

Die Schweiz hat kein Geld

Obwohl die Hilfe der reichen Staaten für die Bildungsprogramme der armen Länder auf über 3,3 Milliarden Dollar pro Jahr gestiegen ist, gibt es immer noch eine Finanzierungslücke, die je nach Schätzung zwischen 3,7 und 6,7

Milliarden liegt. Einige wenige Geberländer wie Norwegen, Schweden, Dänemark, Luxemburg und die Niederlande haben bisher einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Finanzierung der Schulbildung in den Entwicklungsländern geleistet – oder dies wie Grossbritannien wenigstens angekündigt.

Die Schweiz, welche die Millenniumsziele ebenfalls unterschrieben hat, figuriert zwar auf der FTI-Webseite als Geberin. Wie Stähli bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) erfahren musste, fehlen aber personelle und vor allem finanzielle Ressourcen, um die Initiative zu unterstützen. Letztlich fehle es in der Schweiz aber an politischem Willen. Einzig SVP-Nationalrätin Brigitte Gadiant hat sich laut Stähli bisher in dieser Frage engagiert.

Ziele bei der Bildung

147 Regierungschefs aus der ganzen Welt haben sich im Jahr 2000 im Rahmen der Vereinten Nationen verpflichtet, bis zum Jahr 2015 acht Millenniumsziele zu erreichen. Neben der Reduzierung der Armut und der Bekämpfung von Krankheiten fallen auch zwei Bildungsziele darunter: Alle Knaben und Mädchen sollen eine vollständige Grundausbildung erhalten und bei der Grund- und Mittelschulbildung soll bis zum Jahr 2005 – auf allen Ausbildungsstufen bis zum Jahr 2015 – jede unterschiedliche Behandlung der Geschlechter beseitigt werden.

Bereits im Jahr 2002 wurde erkannt, dass diese Bildungsziele ohne drastische Anstrengung nicht zu erreichen sind. Bei der Frühjahrstagung der Weltbank wurde deshalb eine globale Partnerschaft zwischen Geldgebern und Entwicklungsländern ins Leben gerufen: Die sogenannte Fast-Track-Initiative – Bildung für alle. Damit soll den Entwicklungsländern ermöglicht werden, bis ins Jahr 2015 allen Kindern eine kostenlose Grundausbildung anbieten zu können. Die Länder sollen dabei nicht nur mit finanziellen Mitteln, sondern auch fachlich unterstützt werden. (mtb)

Saubere Kohle und heisse Steine

Australien versucht mit neuen Technologien, etwas gegen die Klimaerwärmung zu tun

Kyoto ist ein Reizwort für Australiens Regierung. Seit Jahren weigert sich der liberale Premierminister John Howard, das Klimaschutz-Abkommen ratifizieren zu lassen, weil Australiens gigantische Kohleindustrie seiner Meinung nach benachteiligt würde.

RUDOLF HERMANN, SYDNEY

Nur widerstrebend und zögernd hat Howards Regierung in den letzten Monaten die Tatsache akzeptiert, dass der Klimawandel ein reales und dringliches Problem ist – jahrelang wurde das Phänomen völlig bagatellisiert. Grund für diesen Meinungsumschwung dürften allerdings nicht primär wissenschaftliche Studien sein, die von Canberra nach wie vor mit Skepsis bedacht werden. Vielmehr waren

es der Druck der Wähler, die in der globalen Erwärmung eine der grössten Bedrohungen Australiens in der Zukunft sehen, und die immer lauter werdende Forderung der Wirtschaft (einschliesslich der Kohle-Lobby), dass jetzt in Form einer Emissionsbesteuerung oder eines Emissionshandels Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen seien, auf deren Basis die Unternehmen langfristig planen könnten.

Hoffen auf Geo-Sequestration

Die Einführung eines Preises für Treibhausgas-Emissionen ist somit abzusehen, sogar wenn Howards Partei bei den Parlamentswahlen Ende Jahr ihre Mehrheit behält. Ebenso klar ist jedoch, dass das Gewicht der Kohleindustrie in der australischen Klimagleichung kaum abnehmen wird. Das Land hat, unter welcher Regierung auch immer, ein vitales Interesse daran, diesen Energieträger für sich

selbst und den Export im Spiel zu behalten.

Der Hoffnungsträger heisst «Clean Coal», eine Technologie, mittels welcher das bei der Verbrennung freigesetzte Kohlendioxid aufgefangen, verflüssigt und in geeignete unterirdische Lagerstätten abgepumpt werden soll – im Fachjargon heisst das Geo- oder Kohlen-Sequestration. Gelingt es, diese Technologie zur Reife zu bringen, und das zu einem vernünftigen Preis, erhält Australien mit seinen Kohlevorräten für mehrere hundert Jahre eine starke Trumpfkarte in die Hand. Ob die Geo-Sequestration zehn oder noch zwanzig Jahre von der Serienreife entfernt ist und wie hoch der Preis sein wird, darüber herrscht heute noch Unklarheit.

Australiens zweiter Trumpf sind seine enormen Uranreserven, die rund 40 Prozent der weltweit nachgewiesenen und wirtschaftlich abbaubaren Vorräte darstellen. In

diesem Licht mutet es zunächst seltsam an, dass das Land selber die Kernkraft nicht nutzt, doch angesichts der vielen und billigen Kohle wird das verständlich. Aus Überlegungen des Klimaschutzes möchte Howard nun dennoch eine eigene Nuklearindustrie aufbauen; die Opposition hingegen will Uran lediglich exportieren.

Alternativen nicht gefördert

Die Regierung wird oft kritisiert, sie sei nichts als eine Marionette der mächtigen Wirtschaft, deshalb ihre bisher zögerliche Klimapolitik sowie einseitige Fokussierung auf «Clean Coal» und Kernenergie. Tatsächlich sind Alternativen wie Solar- und Windenergie oder Biomasse im australischen Energiemarkt weiterhin Nischenprodukte ohne Bedeutung. Die Regierung hat es wiederholt abgelehnt, dem Markt Impulse zu ihrer Entwicklung zu geben. Das ist geradezu absurd für ein Land, das wie fast

kein anderes für Solartechnologie prädestiniert wäre. Einst an vorderster Front der Forschung, wandern Unternehmen aus dieser Branche zunehmend in Märkte mit besser geförderter Nachfrage ab.

Grosse Hoffnung auf Erdwärme

Eine potenziell grosse Zukunft hat in Australien hingegen geothermische Energie aus sogenannten Hot-Rocks-Lagern. Die Technologie des Entzugs von Wärme aus heissen Granitschichten in drei bis fünf Kilometern Tiefe zur Umwandlung in Strom befindet sich zwar erst am Anfang, könnte im Idealfall mittelfristig jedoch den gesamten Strombedarf Australiens für mehrere Jahrzehnte sicherstellen. Wegen seiner geologischen Stabilität und der dünnen Besiedlung hat Australien – anders als die Schweiz, wie das Pilotprojekt in Basel zeigte – für diese Art der Stromgewinnung sehr gute Voraussetzungen.

Warmes Wasser fördert Wachstum

FISCHE Die Klimaerwärmung verändert auch das Wachstum vieler Fische im Pazifik. Durch die höheren Temperaturen in den oberen Wasserschichten wachsen die dort lebenden Fische knapp 30 Prozent schneller als vor etwa 50 Jahren. Australische Wissenschaftler von der Commonwealth Scientific and Industrial Research Organization haben in einer Studie acht verschiedene, besonders langlebige Fischarten aus dem Südpazifik untersucht. Bei sechs der acht Arten habe sich die Wachstumsgeschwindigkeit im Verlauf des vergangenen Jahrhunderts verändert, schreiben sie.

Beim Grosseaugen-Morwong beispielsweise habe sich das Wachstum seit 1950 um 0,73 Prozent pro Jahr beschleunigt. Es sei denkbar, dass einige Fischarten wegen des schnelleren Wachstums die Belastung durch den Fischfang besser abfedern könnten. Die langsamer wachsenden Arten seien jedoch umso stärker durch die Überfischung bedroht. (dpa)